

17 000 Arbeitsplätze bei Opel in Gefahr – das geht uns alle an!

Seit vielen Jahrzehnten bestimmt die Entwicklung von Opel-Rüsselsheim mit seinen Tausenden von Arbeitsplätzen das Leben der Menschen in unserer Region.

Zur Zeit arbeiten rund 42.000 Menschen im Werk Rüsselsheim. Jeder vierte Rüsselsheimer arbeitet bei Opel. Der gesamte Einzugsbereich erfaßt rund 800 Gemeinden im Bereich von Hessen, Rheinland-Pfalz und dem östlichen Zipfel von Bayern. Viele Mörfelder und Walldorfer arbeiten traditionell bei Opel.

Opel-Rüsselsheim gehört, wie alle anderen Opel-Werke zum multinationalen US-Konzern General Motors. Im Rahmen der weltweiten Konzernplanung zur weiteren Steigerung der Profite ist das Opel-Werk in Rüsselsheim jetzt an einem entscheidenden Punkt angelangt. Man spricht davon, daß die Konzernspitze in Detroit/USA beschlossen hat, durch Neuinvestitionen von ca. 15 Milliarden DM ca. 17.000 Arbeitsplätze in Rüsselsheim zu vernichten. Damit ist die Existenz Hunderttausender Menschen bedroht.

Bedroht sind die Lebensgrundlagen der Familien der bei Opel Beschäftigten. Bedroht sind Hunderte Zulieferbetriebe mit vielen tausend Arbeitsplätzen im Umland. Bedroht sind viele Tausende von Klein- und Mittelbetrieben des Einzelhandels und des Handwerks, die direkt oder indirekt vom Einkommen der Beschäftigten leben müssen. Bedroht ist die Zukunft der jungen Generation, die in den kommenden Jahren nicht mehr genügend Ausbildungs- und Ar-

beitsplätze vorfinden wird. Bedroht sind die sozialen Einrichtungen und Leistungen vieler Städte und Gemeinden, deren Haushaltspläne auf Teile ihrer seitherigen Einnahmen verzichten müssen.

Die ersten Anzeichen

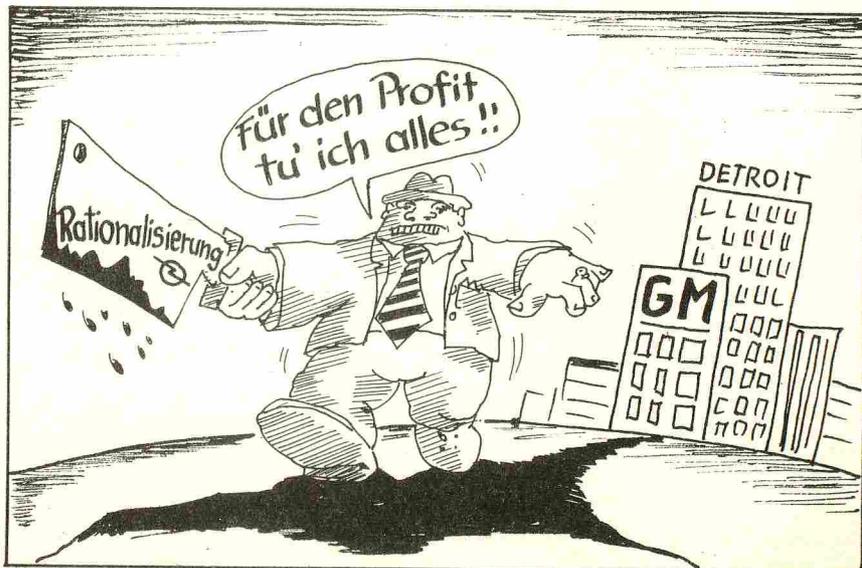
Im Mai 1977 verkündet Opel-Generaldirektor Waters: „Wir planen Sachinvestitionen von etwa 5 Milliarden Mark in unseren Werken Rüsselsheim, Bochum, Kaiserslautern und Berlin“.

Am 11. Juni 1979 erklärte der Präsident von „General Motors“, das Unternehmen werde in Spanien Werke zur Produktion, Montage und Komponentenherstellung von Personewagen und in Österreich ein Motorenwerk bauen. Die Gesamtinvestitionen beliefen sich

auf über zwei Milliarden Dollar (das sind nochmals über 4 Milliarden Mark). Im Februar 1980 gibt General Motors bekannt, daß der Bau weiterer 5 Werke in Spanien (3), Österreich und Nordirland in Angriff genommen werde, sowie der Ausbau eines Werkes in Nordirland. Dabei soll es nochmals um eine Größenordnung von ca. 5 Milliarden Mark gehen.

Die Pläne des GM-Konzerns in Rüsselsheim

Neben der offiziell genannten Schließung des Motoren-, Achsen- und Getriebebaues mit ca. 3000 Arbeitsplätzen, werden mindestens ebensoviele Arbeitsplätze damit zusammenhängender Bereiche betroffen. Also 5000 bis 6.000 Arbeitsplätze sollen bis 1981 vernichtet werden. Weit über 1000 ▶



▼ Arbeitsplätze sind bereits jetzt durch Rationalisierung und Arbeitsintensivierung in den Montagebereichen „überflüssig“ und sollen ab sofort „abgebaut“ werden. Es steht bereits fest, daß der Bau der Dieselmotoren ebenfalls auslaufen wird und der Neubau nach auswärts verlagert wird.

Das Preßwerk und andere Produktionsbetriebe sollen teilweise oder ganz nach auswärts verlagert werden.

Im Bereich Forschung und Entwicklung (wo es in den letzten Jahren Neueinstellungen gab) stehen intensive Rationalisierungen in den nächsten Jahren bevor. Das Werk Rüsselsheim soll nach

allen Anzeichen in ein reines Montagewerk verwandelt werden. Dies bedeutet zugleich die Gefahr, daß viele tausend Beschäftigte nur noch in unteren Lohngruppen Arbeit finden werden.

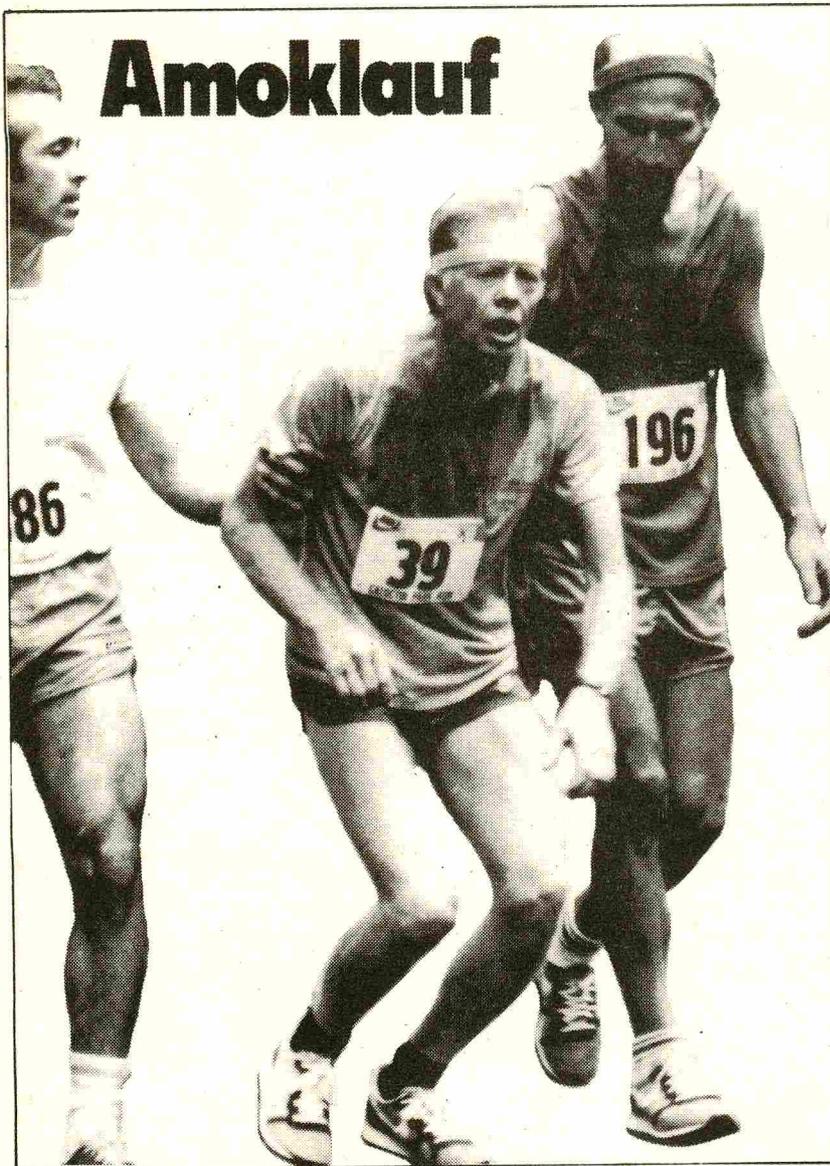
Eine Handvoll amerikanischer Aktionäre will über Hunderttausende deutsche Arbeiter entscheiden

Das ist das Ergebnis einer seit Jahren betriebenen Politik des multinationalen USA-Konzerns „General Motors“. Nachdem viele Milliarden Reingewinn in den vergangenen Jahren auch aus Rüsselsheim in die USA geflossen sind, wurden sie von dort aus zur Vernichtung unserer Existenzgrundlagen verwendet. In der Schaltzentrale von Detroit/USA – für die Rüsselsheim nach eigenen Worten eine „Goldgrube“ war – wird von einer Handvoll Konzernherren über das Schicksal Hunderttausender Menschen bei uns entschieden! Das darf nicht länger so bleiben! Wenn nicht in Zukunft in Rüsselsheim mit verringerter Belegschaft weiter Milliardengewinne gemacht werden sollen, muß dieser Entwicklung endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Verstaatlichung bei gleichzeitiger demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung könnten eine Wende einleiten! Aus nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen muß dem Treiben der Multis ein Ende bereitet werden!

Opel geht uns alle an!

Die Stadt Rüsselsheim und die unmittelbar betroffenen Gemeinden des Umlandes stehen an einem neuen Abschnitt ihrer jüngsten Geschichte – so schrieb es dieser Tage eine große Tageszeitung.

Die ganze Wirtschafts- und Sozialstruktur ist gefährdet oder befindet sich im Umbruch. Die großen Investitionen der Kommunen in den Jahren des Wachstums, die noch dazu oft einseitig auf die Bedürfnisse und Entwicklungen des Opel-Konzernes ausgerichtet waren, verlieren mit der Vernichtung von Tausenden Arbeitsplätzen ihre materielle Grundlage. Sinkenden Einnahmen stehen bleibende und wachsende Ausgaben gegenüber. Die Kinder müssen weiter zur Schule gehen, der soziale Wohnungsbau muß weitergehen, Kindergärten und Spielplätze müssen weitergebaut werden, das Verkehrsnetz muß weiter ausgebaut werden – aber dies alles war seither auf der sog. Vollbeschäftigung bei Opel aufgebaut. Besonders hart wird der Anteil der ausländischen Familien getroffen, die jetzt schon oft auf der untersten Stufe unse-



Der Präsident im Weißen Haus hat eine neue olympische Disziplin eingeführt: den Amoklauf. Er will den Boykott der Sommerspiele in Moskau. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat sich einstimmig für die Spiele in Moskau ausgesprochen. Alle Spitzensportler unseres Landes, wenn man von einigen CDU-Herren-Reitern absieht, wollen nach Moskau. So die Sportler in Frankreich und vielen anderen Ländern. Doch die CDU/CSU und ihre Papageien in den Massenmedien fordern den Boykott. Strauß kann sich nicht vorstellen, daß eine Mannschaft der Bundesrepublik fährt, wenn die USA nicht dabei sind. Moment mal, sind die Politiker im Bundestag denn die Aktenträger des Herrn Carter?

Wie der Ami seinen Wahlkampf in den USA gewinnt, ist seine Sache. Wir sind Europäer, wir sind Deutsche, wir haben unsere eigenen Interessen, und die heißen Frieden, Entspannung und Zusammenarbeit. Wer uns mit Mittelstreckenraketen, Olympia-Boykott und Handelsembargo in den Kalten Krieg führen will, handelt nicht im deutschen Interesse und schon gar nicht im Geist des Friedens.

▼ rer Gesellschaft leben müssen. Die Gefahr von Ghettobildungen, Verelendung — aber auch die von bestimmten Kreisen betriebene Verhetzung gegen ausländische Bürger muß gebannt werden.

Wie soll es weitergehen?

Jeder wird verstehen, daß es nicht leicht sein wird, aus dieser Lage einen Ausweg zum Wohle der Bevölkerung zu finden. Die DKP hat schon seit Jahren, besonders seit der letzten großen Krise 1974 auf die jetzt eingetretenen Gefahren hingewiesen.

Wir erklären auch offen, daß eine dauerhafte Lösung der jetzigen Krisenscheinungen letztenendes nur in einer sozialistischen Gesellschaft möglich ist, wenn die Produktionsmittel dem Volke gehören, wenn die Produktion sich nach den Bedürfnissen des Volkes richtet, wenn steigende Arbeitsproduktivität der Kaufkraft des Volkes zugute kommt, wenn Bildung und Gesundheit für alle gefördert wird — wenn wirkliche Chancengleichheit für alle besteht. Bis dahin ist jedoch noch ein weiter Weg. Darum kann es jetzt nur um den nächsten Schritt gehen, den wir alle gemeinsam tun müssen, um die akuten Gefahren abzuwenden und neue Wege zu ihrer Überwindung zu suchen.

Die DKP machte u.a. folgende erste Vorschläge:

Notwendig ist die volle Mitbestimmung der Betriebsräte und Gewerkschaften und öffentliche Kontrolle bei allen Investitionsplänen des Opel-Konzerns. Notwendig ist die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35-Wochen-Stunden, die Verkürzung der Schichtarbeitszeiten und die Einführung von Erholpausen — alles bei vollem Lohnausgleich.

Notwendig sind Ausgleichszahlungen aus den Konzerngewinnen für Auftragsrückgänge in Zulieferbetrieben zur Sicherung der Arbeitsplätze sowie der Löhne und Gehälter der dort Beschäftigten bei gleichzeitiger Durchführung derselben sozialen Maßnahmen, wie im Konzernbetrieb Opel selbst. Notwendig ist der sofortige Stopp von Gewinnabführungen des Opel-Konzerns nach den USA oder in andere Länder.

Notwendig ist die Verwendung der Gewinne zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, sowie zur Sicherung der kommunalen Leistungen im seitherigen Umfang. Notwendig sind besondere Hilfsmaßnahmen für stärker betroffene Bevölkerungsschichten, vor allem die ausländischen Familien.

Die DKP wendet sich an alle Betroffenen innerhalb und außerhalb des Opel-Werkes mit dem Appell, für die Rettung der Existenzgrundlagen unserer Region einzutreten. Auch in unserer Stadt sollten die Gewerkschafter in allen Parteien, die Kirchen und andere gesellschaftliche Organisationen die Opel-Kollegen unterstützen. Opel geht uns alle an.

JEDER
der die Gesellschaft
verändern,
den Sozialismus will,

gehört in die

DKP

8. März

Internationaler Frauentag in Mörfelden



Die Heidelberger Sängerin Renate Fresow begeisterte ihr Publikum bei der gutbesuchten DKP-Veranstaltung im Bürgerhaus.



Anlässlich des Internationalen Frauentages hatte die DKP Gäste aus der Sowjetunion. Im Bürgerhaus diskutierten Viktor Rykin und die A.P. Birjukowa, Mitglied des ZK der KPdSU und Abgeordnete des Obersten Sowjet.

Vor dem „Nürnberger Bund“ verteilte der Frauenarbeitskreis der DKP-Mörfelden Nelken an die Kolleginnen mit einem Glückwunsch zum 8. März.

Ein Tag mit dem Umweltschutz-Meßwagen unterwegs

Einen Tag lang war die DKP Mörfelden-Walldorf mit dem Umweltschutz-Meßwagen unterwegs.

Vormittags entnahmen wir Wasserproben aus der Burkhardtgrube und dem Gundbach an der Stelle, wo er die US-Air Base verläßt. Vergleichsweise wurden auch Wasserproben dem Bach entnommen, bevor er unterirdisch durch das Gelände der US-Air Base fließt, wo er verunreinigt wird.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden wir sofort nach Erhalt veröffentlichen.



Aus der Burkhardt-Grube werden Wasserproben entnommen. Hier wurden schon oft Verunreinigungen festgestellt, die wahrscheinlich von 2-3 Betrieben aus dem Industriegebiet kommen. Allerdings gab es auch schon den Verdacht, daß von der nahen Mülldeponie eine Vergiftung des Wassers verursacht worden sein könnte.



Der DKP-Umweltschutzmeßwagen am Gärtnerweg. Hier gibt es neben den Straßengeräuschen vor allem starker Lärm von der Bahn.

Die Lärmmessungen, die wir nachmittags in Mörfelden vornahmen, haben unsere schlimmsten Befürchtungen bestätigt.

Messungen am Gasthaus „Zum Grünen Haag“ ergaben bei 22 Minuten Meßzeit einen Wirkpegel (nach der TA-Lärm) von 89db(a), der Spitzenpegel betrug hier 97db(a). An der Ecke Gärtnerweg/Westendstraße, also an einer Stelle, wo der Schall nicht reflektiert wird, wurde ein Wirkpegel von 87db(a) und ebenfalls ein Spitzenpegel von 97db(a) gemessen. Wenn man von dem Grenzwert für Wohngebiete, 55db(a) Mitteilungspiegel ausgeht, haben wir bei beiden Messungen Lärmüberschreitungen bis zu 340 Prozent. (Im neuen Lärmschutzgesetz werden für Wohngebiete Grenzwerte von 62/52 Dezibel festgelegt.)

Für die nächste Zeit werden hier unbedingt verschiedene Maßnahmen für die Verminderung des Verkehrslärms ergriffen werden müssen. Vor allem muß über die Verlegung des Schwerlastverkehrs aus der Rüsselsheimer Straße und dem Gärtnerweg nachgedacht werden.

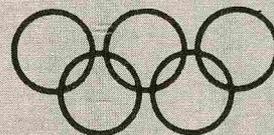


Bei den Lärmmessungen am „Grünen Haag“ fiel auf, daß zahlreiche schwere LKWs mit zum Teil hoher Geschwindigkeit in die Stadt einfahren. Vor allem beim Zurückschalten wurde hier starker Lärm registriert.

Bauaufsicht eingeschaltet

Nachdem der „blickpunkt“ zweimal über die Probleme berichtet hatte, die es mit dem Haus in der Parkstraße 11 gibt, hat jetzt Bürgermeister Brehl die Bauaufsicht des Kreises eingeschaltet. Es besteht von Seiten der Stadt die Absicht, Maßnahmen im Sinne des Wohnungsaufsichtsgesetzes einzuleiten. Auf das weitere Verfahren darf man gespannt sein.

Für Olympia 1980



in Moskau

Okrifteler Straße – kaum zugestimmt, schon verlegt!

In einer Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung stimmte die SPD-Mehrheit für die Verlegung der Okrifteler Straße. Die DKP hatte vorher die Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung verlangt, weil keine vorherige Diskussion möglich war. Dies wurde abgelehnt.

Zwei Tage nach dem Beschluß hatte die FAG bereits die Straße gesperrt und leitete den Verkehr um. Die DKP-Fraktion stimmte gegen die Verlegung der Straße. In ihrer Erklärung hieß es u.a.:

„Wir möchten zunächst feststellen, daß unsere Partei gegen die Verlängerung der beiden Parallelbahnen war.

Fachleute, mit denen wir uns berieten, Piloten, Lotsen, Leute, die andere Weltflughäfen genau kennen, erklärten uns, daß die Bahnen ausreichend seien.

Die Verlängerung bringt keinen Kapazitätswachstum, aber sie bringt der FAG den Ausgangspunkt zur Startbahn/West. — Es bleiben viele Fragen.

Uns ist vollkommen unklar, warum man bei der SPD so schnell kapituliert hat — man könnte fast fragen, wer hat da interveniert? — Unserer Meinung nach, gab es Möglichkeiten für bessere Ergebnisse.

Dazu aber hätte man die Öffentlichkeit einbeziehen müssen — man hätte die Bürger, die täglich diese Straße benutzen, über den Widersinn der ursprünglich vorgesehenen „Hakenstrasse“ aufklären müssen — man hätte deutlicher für die Tunnellösung kämpfen müssen. —

Es wurde unserer Meinung nach auch versäumt, ausreichend und rechtzeitig darauf hinzuweisen, daß ja schließlich die FAG und Wiesbaden Schuld tragen für den jetzigen Zeitdruck. — Sicher, die können einem Tunnel heute schon deshalb nicht zustimmen, weil sie dann am 1. Oktober dort nicht starten können.

Wir sehen, die FAG handelt nach dem gleichen gefährlichen Profitprinzip wie die Atomindustrie, die erst Kernkraftwerke baut, und dann an die Entsorgung denkt. Bei der vorherrschenden Hast kann keine ausführliche Diskussion stattfinden. Karten über die genaue Trassenführung ab es nicht. Man spricht von kürzeren Wegen zum Arbeitsplatz. Vorerst gibt es aber auch für viele Arbeiter und Angestellte der Caltex und Ticona längere Wege. Man schwafelt in Kelterbach vom Erholungswert des Waldes. — Angesichts der Nähe der chemischen Industrie, angesichts des Lärms, der von Flugzeugen, von der Bundesbahn und der Autobahn kommt — ein armseliges Treutel-Argument.

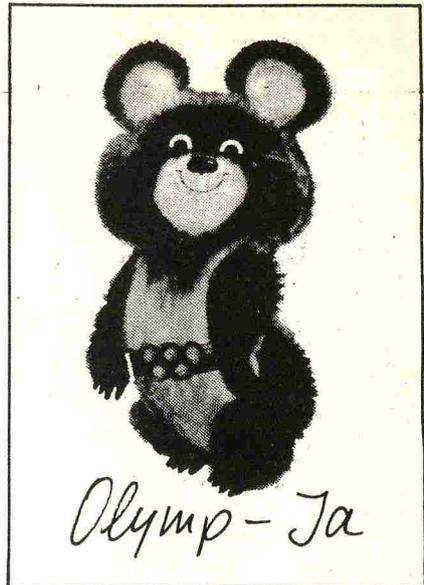
Man führt als Erfolg die Parkplätze für die Beobachter des Flugbetriebes an. — Als wenn die Bürger dieser Stadt die Nase nicht voll hätten, von Abgasen, Dreck und Lärm der Maschinen.

Man erwähnt lobend, daß wir jetzt früher Zuschüsse für den Straßenbau kriegen sollen —. Auch das ist im Grunde ein falsches Argument. Wir sollen nämlich geködert werden, mit etwas, was uns zusteht. Die Bürger bezahlen doch schließlich Steuern, damit die Verkehrsprobleme gelöst werden, — und zwar dann, wenn es notwendig ist — und nicht erst übermorgen.

Es stimmt, wenn der Bürgermeister sagt: „Bei Planungen übergeordneter Behörden zusammen mit einem gewichtigen Wirtschaftsbetrieb werden wesentliche Einwen-

dungen betroffener Bürger und Kommunen nicht in ausreichendem Maße gewürdigt, berücksichtigt und in die Entscheidungen einbezogen. Wirtschaftliche Gesichtspunkte gehen leider immer noch allen anderen Argumenten vor.

Aber dies darf man nicht resigniert feststellen, gegen solche Verhältnisse muß man angehen, sonst bleiben sie bestehen.“



Gefahr für unser Trinkwasser!

Die Hausmüllkompostierungsanlage in Bischofshelm kann, wegen der starken Geruchbelästigung für die Anwohner, nicht betrieben werden. Aus diesem Grunde wurde in den vergangenen Jahren bereits 60 % des gesamten, im Kreis Groß-Gerau anfallenden Hausmülls auf die, für den Sperrmüll vorgesehene, Deponie nach Mörfelden gefahren. Nunmehr drängt der Kreis auf eine neue Vereinbarung mit der Stadt für 5 Jahre, nach der der gesamte Hausmüll auf der im Mörfelder Oberwald liegenden Deponie abgekippt werden kann. Hierüber müssen die Stadtverordneten von Mörfelden demnächst befinden.

Über dieses Thema wurde im „blickpunkt“ bereits mehrmals berichtet. Das Verfüllen der riesigen ehemaligen Kiesgrube und das Aufschütten von 2 etwa 40 m hohen Bergen mit Sperrmüll, Hausmüll und Klärschlamm aus dem gesamten Kreisgebiet, bedeutet eine sehr große Gefahr für unser Trinkwasser. In einer Sondersitzung des Bauausschusses Anfang März, nahmen ausser Landrat Willi Blodt und dem Chef der Riedwerke, Lange, noch die Herren Dr. Bock und Langendorf von der Hessischen Landesanstalt für Umwelt teil.

In der von der Landesanstalt vorgelegten Stellungnahme ging man in erster Linie auf die in diesem Zusammenhang wichtigen Hydrologischen Belange ein. Folgende Gefahren für das Grundwasser und somit für unser Trinkwasser, sind aus der Stellungnahme heraus zu lesen:

1. Die Vielzahl der Kiesgruben in unserem Gebiet beeinträchtigen unsere Landschaft massiv und bilden für die Qualität des Grundwassers ein besonderes Gefahrenpotential, da dort das Grundwasser großflächig aufgedeckt worden ist.
2. Die bereits jetzt eingebrachte Müllmenge und hier ganz besonders der in größeren Mengen dünnflüssig aufgebraachte kommunale Klärschlamm, in das Müllpolster der Deponie, hat jetzt schon zu einer Beeinträchtigung des Grundwassers geführt.
3. Die beiden Wasserwerke in Mörfelden und Walldorf üben bereits bei der jetzigen Entnahmemenge eine starke Sogwirkung aus. (Das Wasserwerk in Mörfelden liegt etwa 2 km und die ersten Förderbrunnen für das Walldorfer Wasserwerk nur etwa 1 km von der Deponie entfernt.) Bei höherer Fördermenge besteht insbesondere für das Walldorfer Wasserwerk erhöhte Gefahr für eine Wasserbeeinträchtigung. Die normale Grundwasserfließrichtung hat sich jetzt schon durch große Wasserförderung, aber auch durch Kiesgruben und die verfüllte Grube (Mülldeponie) verändert.
4. Durch Beobachtungsbrunnen, noch in einem Abstand von 200 m von der Deponie entfernt, ist inzwischen schon eine gewisse Verunreinigung durch den Müll zu erkennen.
5. Eine Beeinträchtigung der Anglergewässer ist nicht auszuschließen. Im Oberwaldsee ist bereits eine nega-

▼ tive Veränderung der Wasserqualität festzustellen.

Trotz der wohlgewählten Worte der Umweltschutz-Experten läßt sich die Gefahr nicht verniedlichen. In ihrer abschließenden Betrachtung kommen die Herren zu folgender Einschätzung: „Die Frage, welche Auswirkungen von der zusätzlichen Ablagerung von Hausmüll zu erwarten sind, kann lediglich dahingehend beantwortet werden, daß eine weitere lokale Belastung des Grundwassers eintreten wird.“

Was schlägt die Landesanstalt für Umwelt als Schutzmaßnahmen vor?

- Zu den 10 Beobachtungsbrunnen rund um die Deponie sollen weitere 18 Brunnen eingebracht werden. (Wer trägt die Kosten von 100.000 DM?)
- Auf den umliegenden 5 Wasserflächen sollen Lattenpegel zur Kontrolle des Wasserspiegels errichtet werden. (Wer trägt die Kosten?)

Weiter schreibt die Landesanstalt: „Sollte sich trotz der Auflagen und Bedingungen eine nicht mehr zu vertretende Belastung des Grundwassers ergeben, so sei

- die Deponieoberfläche mit bindigem Boden abzudecken (woher nehmen?), und eine Gasdrainage einzubauen.
- ein Abschöpfbrunnen zur Umlenkung der Grundwasserfließrichtung in Nähe der Deponie anzulegen.
- eine Aufbereitungsanlage im Wasserwerk Walldorf einzubauen.
- eine Schutzwand (Schmalwand) zwischen Deponie und Wasserwerk zur Umleitung der Fließrichtung zu errichten.

Wer muß das alles bezahlen?

Ist unser Trinkwasser mit diesen Maßnahmen zu retten?

Die DKP meldete im Bauausschuß erhebliche Bedenken an und fragte Landrat Blödt, und die übrigen Herren, ob es denn keinen günstigeren zentralen Müllablagerungsplatz gäbe, als in Mörfelden zwischen zwei benachbarten Wasserwerken die 30.000 Menschen mit Trinkwasser versorgen müßten. Die Antwort war eindeutig. Sie lautete: „Wenn man mal eine Stelle hat, für die es bereits eine Genehmigung gibt, sollte sie auch optimal genutzt werden.“

Die Fraktionen müssen noch über diese Vorlage beraten. Die DKP-Fraktion wird es sich hierbei nicht leicht machen. Sie hat bisher vor Leichtfertigkeit in dieser Sache gewarnt und 1974 dem Vertrag zwischen der Stadt Mörfelden und dem Kreis Groß-Gerau nicht zugestimmt.

Heinz Hechler

Hessen – Atomland Nr. 1

Wirtschaftsminister Karry hat das Kompaktlager in Biblis genehmigt, die Landesregierung bietet der Atomindustrie an, eine Aufbereitungsanlage in Hessen zu bauen.

Neben dem größten KKW der Welt, Biblis, neben den militärischen Atomwaffenlagern und den geplanten US-Basen für atomare Mittelstreckenraketen würden damit im dichtbesiedelten Hessen weitere brisante atomare Anlagen entstehen. Damit würde Hessen tatsächlich das Atomland Nr. 1.

Mit der Einrichtung des Kompaktlagers in Biblis würde dort das Gefährdungspotential unverantwortlich erhöht.

Das KKW Biblis ist nach einem Professorengutachten „das größte Kernkraftwerk am kritischsten Standort“.

In einem Radius von 50 km um Biblis leben mehr als 5 Millionen Menschen, bei einer mittleren Bevölkerungsdichte von rund 650 Einwohnern auf einem Quadratkilometer (in den Flußtälern von über 1.000 Einwohner je Quadratkilometer).

Während man früher den Kompaktlagerplänen außerordentlich kritisch gegenüberstand, meinen die Verantwortlichen von Bund und Ländern heute, daß die kompakte Lagerung von abgebrannten Brennstäben in Abklingbecken, die sich in den Reaktorkuppeln befinden, „hinreichend“ sicher sei.

Die „Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen“ (DWK) hat im hessischem Wirtschaftsministerium offiziell einen Genehmigungsantrag für eine Wiederaufbereitungsanlage mit einer Jahresleistung von 350 Tonnen Uran eingereicht. Die Gesellschaft bedankte sich schon vorab bei der Hessischen Landesregierung, weil „die politische Führung im Gegensatz zu Niedersachsen bereit ist, das Ihre zum Erfolg zu tun“.

Hessen wäre damit das erste Land der BRD, in dem eine Wiederaufbereitungsanlage dieser Größe errichtet würde.

Die Vorgänge um das Kompaktlager und die Wiederaufbereitungsanlage belegen erneut ein ungeheures Zusammenspiel zwischen der Atomindustrie und staatlichen Stellen, zum Schaden der Bürger.

Die DKP lehnt eine Wiederaufbereitungsanlage in Hessen ab. Mit dem Bau dieser Anlage wäre die forcierte Errichtung weiterer Kernkraftwerke in unserem Land vorprogrammiert.

Die Erklärung der „Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen“ (DWK), es würde sich dabei nur um einen „ganz normalen chemischen Betrieb handeln“, zeugt von menschenverachtendem Zynismus.

Nach wie vor besteht bei einer solchen Anlage die Gefahr einer hohen Strahlenbelastung der Umwelt – diese Probleme sind noch nicht gelöst. In der dichtbesiedelten Bundesrepublik dürften sich schon deshalb kaum ein Standort finden.

Die größeren Gefahren liegen aber nicht in der noch nicht gemeisterten Technik. Eine solche Anlage hätte auch ein außerordentlich hohes politisches Sicherheitsrisiko. Die Plutonium produzierende Wiederaufbereitungsanlage schafft ständig die materielle Voraussetzung für die Massenproduktion von Kernwaffen.

Mit einer Wiederaufbereitungsanlage würde Hessen faktisch eine Kernwaffenfabrik erhalten.

Unter den vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnissen wäre dies mit den elementaren Sicherheits- und Lebensinteressen unserer Bevölkerung und unserer Nachbarländer unvereinbar. Anlagen der atomaren Entsorgung dürfen ebensowenig wie Kernkraftwerke in die Hände kapitalistischer Konzerne gehören. Sicherheit muß vor Profitstreben gehen. Solange die Sicherheit der Bevölkerung und ausreichender Umweltschutz nicht garantiert sind, solange keine wirksame demokratische Kontrolle atomarer Anlagen gewährleistet ist, muß man der Planung der Atomkonzerne entschiedenen Widerstand leisten.

Rudi Hechler

CDU Mörfelden-Walldorf voll auf Strauß-Kurs

Ziemlichen Ärger gab es am Anfang dieses Monats als in Walldorf auf dem Gelände der ehemaligen Außenstelle des KZ Natzweiler der Gedenkstein eingeweiht wurde.

Die CDU-Fraktion boykottierte die Feier des Magistrats und überhäufte die DKP mit Beschimpfungen.

Während in der Presse die der CDU-Journalist K.H. Kubb betreut, die ellenlange Stellungnahme der CDU voll abgedruckt wurde, konnte man die Entgegnung der DKP nur gekürzt und entstellt dort zur Kenntnis nehmen. Ein Beispiel, wie in den „überparteilich“ ausgewiesenen Zeitungen Pressefreiheit praktiziert wird.

Lesen Sie nachfolgend die nicht gedruckte Erklärung der DKP-Fraktion vom 4. März 1980:

„Die DKP-Fraktion weist mit Empörung die Versuche des CDU-Sprechers Jung zurück, das skandalöse Fernbleiben der CDU bei der Enthüllung eines Gedenksteines für die Opfer des faschistischen KZ-Außenlagers Walldorf mit hemmungslosen Angriffen und Verleumdungen der DKP zu vernebeln. Mit ihrem Fernbleiben und der nachfolgenden Erklärung ihres Sprechers Jung, ist erneut unter Beweis gestellt worden, wie innig maßgebliche Leute dieser Partei mit jener totalitären Ideologie verbunden sind, die zu Tod und Vernichtung, zum Unglück für Deutschland führte. Den wahren Gründen für das Fernbleiben der CDU von der antifaschistischen Denkmals-Einweihung kommt man auf die Spur, wenn man das Verhältnis der CDU/CSU zu überführten und verurteilten Nazi-Verbrechern berücksichtigt. So ist gestern durch Spenden der Parteifreunde von Jung, der wegen Beihilfe zum Mord an rund 70.000 aus Frankreich deportierten Juden zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilte ehemalige SS-Unterscharführer und spätere CSU-Bürgermeister von Bürgstadt am Main, Heinrichsohn, gegen eine Kaution von 200.000 DM auf freien Fuß gesetzt worden.

Es scheint uns höchste Zeit, daß sich die CDU in unserer Stadt von dem skandalösen Gefängnis-Freikauf eines Nazi-Verbrechers distanzieret.

Es scheint uns höchste Zeit, daß sich die örtliche CDU von CSU-Stoiber distanzieret, der Demokraten als „Ratten und Schweißfliegen“ bezeichnete, der Sozialisten und Faschisten, Opfer und Mörder, infamerweise gleichsetzt.

Das provokative Auftreten der CDU-Spitze, die Beleidigung der Opfer des Faschismus in unserer Stadt muß ein Ende haben. Das unaufrichtige Gerede der CDU, man wolle immer und überall auf der Welt für Freiheit und Menschenwürde eintreten, reicht bei Herrn Jung, wie wir am Hein-

richsohn-Skandal sehen, nicht einmal einige Kilometer den Main aufwärts. Die DKP-Mörfelden-Walldorf erneuert ihre Warnung an alle demokratischen Kräfte, nicht auf den „Freiheits-Speck“ der CDU-Führer hereinzufallen, die bis zum heutigen Tage die blutige Pinochet-Diktatur in Chile oder die nicht minder grausame Haq-Diktatur in Pakistan ebenso unterstützt wie die Rassisten in Südafrika.“

Gleichzeitig schrieb die DKP-Fraktion einen Brief an den Stadtverordneten-Vorsteher, in dem es u.a. heißt:

„Wie Sie wissen, hatte unsere Fraktion für die Gedenkfeier Vorschläge gemacht, die darauf zielten, dem Ganzen einen höheren Stellenwert zu geben. Wir konnten mit diesen Vorschlägen nicht durchkommen, wir bedauerten dies, nahmen aber selbstverständlich an der Veranstaltung teil.

Die Einweihung einer solche Gedenkstätte hat heute über die Grenzen unserer Stadt hinaus eine große Bedeutung. Umso trauriger ist es, wenn die CDU-Fraktion nicht über ihren Schatten springen kann und eine solche Feier boykottiert.

Ganz schlimm aber wird es, wenn der CDU-Sprecher jetzt die Flucht nach vorn antritt und diesen Boykott mit Beschimpfungen und Beleidigungen anderer Stadtverordneter zu rechtfertigen sucht.

Um es klar und deutlich zu sagen: Wir werden es nicht hinnehmen, von Herrn Jung als „ideologische Betrüger“ bezeichnet zu werden. Wir bitten Sie deshalb dringend, eine Ältestenratsitzung einzuberufen in der diese Ausfälle kritisiert werden.

Nach den Beschimpfungen des Herrn Jung sehen wir uns außerstande, heute abend an der Sitzung der „Parteien-Aktions-Gemeinschaft“ teilzunehmen. Es ist uns heute unmöglich, gemeinsam mit der CDU zu beraten, die ganze Schmutzkübel auf uns geschüttet hat.

Wir müssen feststellen, daß die von der CDU ausgehende Konfrontationspolitik noch nicht lange währt.

In Mörfelden sind Kommunisten wieder seit 1968 im Parlament. Hier gab es bei aller Härte nie diese Zuspitzungen.

Sie wissen im übrigen selbst, daß die ständigen Provokationen, auf die wir natürlich eingehen müssen, fast stets von der gleichen Person kommen. Zu den meisten CDU-Kollegen sind normale Gespräche möglich. Bei einigen wenigen aber ist schon der kalte Haß zu spüren. Vor allem bei dem Sprecher der CDU-Fraktion, der sich vor einiger Zeit als „stolzer Antikommunist“ bezeichnete.

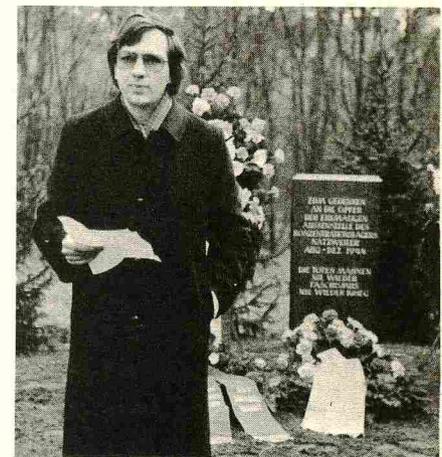
Bedauerlich ist gleichzeitig, daß über diese Dinge, in einigen Zeitungen eine objektive Darstellung nicht mehr erfolgt. CDU-Journalisten zelebrieren hier Hofberichterstattung, vieles, was andere sagen und schreiben, wird entstellt oder entfällt.

Wir schlagen vor, bald die Ältestenratsitzung einzuberufen, damit über die hier geschilderten und bekannten Vorwürfe beraten wird.“



Bürgermeister Brehl und Stadtverordnetenvorsteher Günter Becker sprachen zur Enthüllung des Gedenksteines in Walldorf und legten Kränze nieder.

Weitere Kränze kamen vom Kreisvorsitzenden der VVN, Albert Lehmann, von der DKP, der SDAJ und der Landesschülervertretung Hessen.



Für die DKP-Mörfelden-Walldorf legte Ernst Knöß (unser Bild) einen Kranz nieder. In seiner Erklärung heißt es u.a.:

„Wir drücken damit unsere tiefe Anteilnahme für die Betroffenen aus. Wir tun das im Bewußtsein, daß gerade Kommunisten die schärfsten Gegner der Faschisten waren und ungeheuer große Opfer im Kampf gegen den deutschen Faschismus erbracht haben. Für alle Opfer haben gerade wir Kommunisten deswegen auch tiefes Verständnis. Nur wenn man die Vergangenheit richtig bewältigt, kann man die Zukunft meistern.“

Wir gedenken den im KZ-Walldorf Umgekommenen. Wir gedenken: Jolan Freifeld, 40 Jahre; Elsa Böhm, 44 Jahre; Piri Klimmann, 18 Jahre; Helen Davidovics, 36 Jahre; Janka Samuel, 40 Jahre; Ilona Ausch, 17 Jahre.



Drei Tage Bau für freie Meinungsäußerung

Der Gefreite Steffen van Klev aus Mörfelden erhielt jetzt drei Tage Arrest und einen strengen Verweis.

Was war passiert? Am 15.12.79 stellten Soldaten auf einer vielbeachteten Pressekonferenz der Öffentlichkeit die Studie „Soldat '80“ vor. Mit dieser Studie machten sie auf ihre miserable Situation beim Bund aufmerksam.

Für seine Teilnahme an dieser Pressekonferenz und an der Demonstration für Frieden und Abrüstung in Uniform wurde gegen Steffen van Klev eine Disziplinarstrafe von 3 Tagen

Arrest verhängt. Wenige Tage danach wurde der Gefreite erneut disziplinarisch belangt. Wegen Sammlung von Unterschriften für die Studie erhielt er einen „Strengen Verweis“.

Wochen vorher behauptete der Pressesprecher des Verteidigungsministeriums, er werde keine Maßnahmen gegen die Studie und die Unterzeichner geben. In Wirklichkeit existiert jedoch eine interne streng vertrauliche Anweisung, wonach befohlen wird, gegen die Unterzeichner disziplinarrechtlich vorzugehen. Mittlerweile gibt es zahlreiche Unterschriften.

Die DKP Mörfelden schließt sich diesen Protesten an und fordert die Aufhebung der Disziplinarstrafen.



Mörfelden gestern

Ein Stück der Mörfelder Bahnhofstraße, aufgenommen in den dreißiger Jahren, bevor sich die Firma Dammel, von den alten Mörfeldern „Spengler-Hannes“ genannt, vergrößerte. Das Haus im Vordergrund, früherer Besitzer Breithaupt, mußte damals weichen. Auf den alten Bildern ist immer wieder festzustellen, daß fast in jedem Hof einige Obstbäume standen. Heute gibt es an solchen Stellen Autogaragen, oder die letzte Freifläche ist zugebaut.